

Abgeordnetenhaus BERLIN

17. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Kulturelle Angelegenheiten

20. Sitzung
11. März 2013

Beginn: 14.08 Uhr
Schluss: 16.30 Uhr
Vorsitz: Frank Jahnke (SPD)

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

1. Welchen Stellenwert hat die Gründung des Arbeitskreises kommunaler Galerien für den Senat?
(auf Antrag der Fraktion Die Linke)

Staatssekretär André Schmitz (SKzl-Kult) antwortet auf die Frage des Abgeordneten **Wolfgang Brauer** (LINKE), dass die Leiterinnen und Leiter der kommunalen Galerien aus seiner Sicht eine hohen Stellenwert hätten. Insofern freue er sich, dass sie sich jetzt mehr zusammengeschlossen hätten. Sie leisteten vor Ort eine äußerst wichtige Arbeit; gerade für junge Künstlerinnen und Künstler seien sie häufig die erste Anlaufstation, um ihre Kunst präsentieren zu können. Es gehöre zu den Kernaufgaben der Bezirke, ein gutes Bibliothekssystem und die kommunalen Galerien vorzuhalten.

In einer K2-Veranstaltung mit 150 Initiativen von Künstlerinnen und Künstlern habe ein Arbeitskreis auch mit Vertretern der kommunalen Galerien eine wichtige Rolle gespielt. Die kommunalen Galerien seien dabei von allen in ihrer Bedeutung für die Kulturpolitik hoch eingeschätzt worden. Die Kulturverwaltung unterstütze sie im Rahmen ihrer Möglichkeiten; sie erhielten auch Mittel aus dem Gesamtansatz des Bezirkskulturfonds.

Wolfgang Brauer (LINKE) fragt, ob neben einer Förderung aus Sonderfonds wie dem Bezirkskulturfonds eine stärkere Unterstützung z. B. durch Ausstellungshonorare oder Mittel zur logistischen Unterstützung der kommunalen Galerien möglich sei.

Staatssekretär André Schmitz (SKzl-Kult) erklärt, aus dem Bezirkskulturfonds 2012 mit einem Volumen von 511 000 Euro seien fast 82 000 Euro für die Ausstellungsprojekte der kommunalen Galerien verausgabt worden. Hierbei handele es sich um ergänzende Mittel, denn die Bezirke hätten in ihrer eigenen Verantwortung eine Finanzierung bereitzustellen.– Eine logistische Hilfestellung im Rahmen der Möglichkeiten leiste man gern. Es finde auch ein enger Austausch mit einigen Leiterinnen und Leitern von kommunalen Galerien und den Bezirkskulturstadträten statt. Nach seinem Eindruck laufe dies gut.

2. Wie bewertet der Senat die neuen Pläne für das Kudamm-Karree im Hinblick auf die Bühnen am Kurfürstendamm und deren Zukunft? Gibt es einen Ersatzstandort für die Bühnen, sollte das Konzept Ballymores nach den Entwürfen des Stararchitekten David Chipperfield umgesetzt werden?
(auf Antrag der Fraktion der CDU)

Staatssekretär André Schmitz (SKzl-Kult) antwortet auf die Frage des Abgeordneten **Dr. Uwe Lehmann-Brauns** (CDU), dass der Betreiber der Bühnen am Kurfürstendamm zu dem Schluss gekommen sei, dass der Betrieb nur noch eines Theaters wirtschaftlich sinnvoller sei. Vor diesem Hintergrund hätten die Investoren ihm – Redner – vor Kurzem die aktuellen Pläne vorgestellt. Diese sähen weiterhin ein Theater mit einem direkten Zugang am Kurfürstendamm vor. Städtebaulich habe ihm diese Planung gut gefallen, aber entscheidend sei die Präsentation dieser Planung am 13.3.13 im betreffenden Ausschuss des Bezirks Charlottenburg-Wilmersdorf.

Die neuen Pläne für das Kudamm-Karree seien mit Martin Woelffer, dem Intendanten der Bühnen am Kurfürstendamm, abgestimmt, und dieser sei damit einverstanden. Nun gehe es auch darum, wie zügig die Umsetzung dieser Pläne erfolge. Auch aufgrund der früheren Verzögerungen und der Unklarheit über den weiteren Fortgang seien die Bühnen am Kurfürstendamm in einer schwierigen Situation. Er hoffe, dass diese neuen Pläne zügig realisiert würden. Dann sei die schwierige Frage des Ersatzstandorts zu klären. Martin Woelffer befindet sich auf der Suche und werde dabei von der Kulturverwaltung unterstützt.

Wichtig sei – und das verbinde er mit einem entsprechenden Appell an den Bezirk –, vor Erlass der Baugenehmigung einen langfristigen Vertrag abzuschließen, der es dem Theaterbetreiber mit einer „kulturfreundlichen Miete“ erlaube, an diesem Standort dauerhaft sein Theater zu betreiben. Noch besser wäre, sofern dies baurechtlich möglich sei, eine Kulturnutzungsfestschreibung im Bebauungsplan. In jedem Fall sei es wichtig, dass ein langfristiger Mietvertrag zwischen dem Investor und dem Theater abgeschlossen werde, und zwar mit Konditionen, die die weitere Existenz dieses Theaters zulasse.

Dr. Uwe Lehmann-Brauns (CDU) merkt an, dass er im Interesse der Kultur hoffe, dass es wiederum nicht zu einer Umsetzung dieser Ballymore-Pläne komme. Für den schlimmen Fall, dass es doch dazu komme: Sollte das Okay des Senats zu einer Genehmigung des Abrisses der Theater nicht erst dann fallen, wenn gesichert sei, dass für beide Theater ein Ersatzstandort gefunden sei, damit nicht drei oder vier Jahre lang zwei Theater im Berlin Kulturbetrieb ganz ausfielen?

Staatssekretär André Schmitz (SKzl-Kult) erklärt, ein Okay seitens des Senats sei nicht erforderlich, sondern der Bezirk erteile die Baugenehmigung. Deshalb habe er auf die Bedeu-

tung des Abschlusses eines langfristigen Vertrags zwischen Investor und Theater vor Erteilung der Baugenehmigung hingewiesen. In diesem Vertrag sollte auch eine Bestimmung zum Ersatzstandort enthalten sein. Der Investor habe das auch schon anklingen lassen und seine Hilfe bei der Suche und Finanzierung eines Ersatzstandorts zugesagt. Während der Bauzeit müsse in einem möglichst gut erreichbaren Ersatzstandort das Boulevardtheater „Kudamm-Bühnen“ stattfinden können.

3. Welche konkreten Schwerpunkte verfolgt der Kultursenat in der gemeinsamen AG mit der Koalition der Freien Szene und dem Rat für die Künste zur City Tax, wie unterscheiden sich diese zu den seit einem Jahr vorliegenden Forderungen der Koalition der Freien Szene, und welche Verbindlichkeit haben die gemeinsam verhandelten Ergebnisse bei der Umsetzung der City Tax für eine Kulturförderung in Berlin?
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Staatssekretär André Schmitz (SKzl-Kult) antwortet auf die Frage der Abgeordneten **Sabine Bangert** (GRÜNE), dass man auf politischer wie administrativer Ebene einen engen Austausch mit allen interessierten und maßgeblichen kulturpolitischen Akteuren pflege. Deshalb habe er bei seinem letzten Treffen mit dem Rat der Künste am 7.1.13 angeregt, eine gemeinsame Arbeitsgruppe zur City Tax zu gründen. Das erste Treffen der Arbeitsgruppe am 22.2.13 habe unter Beteiligung der Koalition der Freien Szene in der Kulturverwaltung stattgefunden. Man habe sich erst einmal über das weitere Verfahren zur City Tax orientiert; eine Senatsvorlage befindet sich in der Abstimmung. Nun werde man den Ablauf des weiteren Gesetzesverfahrens erleben, wobei es sinnvoll sei, dass sich Verwaltung und Freie Szene parallel dazu hinsichtlich der Übereinstimmungen und Dissense austauschten. Die verbindliche Entscheidung über den Einsatz von Haushaltssmitteln bleibe aber dem Abgeordnetenhaus vorbehalten.

Sabine Bangert (GRÜNE) fragt, wann man mit dem Senatsentwurf zur City Tax rechnen könne.

Staatssekretär André Schmitz (SKzl-Kult) teilt mit, man sei zur Mitzeichnung des Senatsentwurfs aufgefordert worden und habe Anregungen abgegeben. Die Federführung liege bei SenFin. Er rechne damit, dass der Gesetzentwurf vor der Sommerpause den Senat und unmittelbar danach – vor oder nach der Sommerpause – das Abgeordnetenhaus erreichen werde.

4. Wie ist der aktuelle Stand in der Frage, ob das Gemälde „Einschiffung nach Kythera“ von Antoine Watteau doppelt gekauft wurde?
(auf Antrag der Piratenfraktion)

Staatssekretär André Schmitz (SKzl-Kult) antwortet auf die Frage des Abgeordneten **Christopher Lauer** (PIRATEN), dass man prüfe, ob der Vorwurf zutreffe, dass das Gemälde doppelt verkauft worden sei. Beteiligt seien das Land Berlin und die Bundesregierung, vertreten durch das Bundesfinanzministerium, und das Haus Hohenzollern. Die Prüfung dauere noch an.

Christopher Lauer (PIRATEN) fragt, wann mit einem Ergebnis zu rechnen sei.

Staatssekretär André Schmitz (SKzl-Kult) erklärt, hierzu könne er keine Vorhersage abgeben, da es sich um eine sehr schwierige Sachlagenrecherche zu einem Vorgang aus den 1920er-Jahren handele.

Vorsitzender Frank Jahnke stellt fest, dass keine weiteren Fragen vorlägen und der Tagesordnungspunkt erledigt sei.

Punkt 2 der Tagesordnung

- | | | |
|----|--|-------------------------------------|
| a) | Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Verunstaltung an der East Side Gallery
(auf Antrag der Fraktion der CDU) | <u>0056</u>
Kult |
| b) | Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Zerstörung der East Side Gallery
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) | <u>0096</u>
Kult |

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 3 der Tagesordnung

- | | |
|---|-------------------------------------|
| Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Gedenkstättenkonzept
(auf Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU) | <u>0091</u>
Kult |
|---|-------------------------------------|

Stefan Schlede (CDU) erklärt, das Gedenkstättenkonzept betreffe auch die Situation am Checkpoint Charlie, wo eine positive Entwicklung erkennbar, aber das endgültige Schema noch nicht absehbar sei. Der Checkpoint Charlie werde jährlich von 4,2 Millionen Menschen besucht, und insofern müsse man sich mit der weiteren Entwicklung dieses Ortes befassen. Deshalb solle in einer der nächsten Sitzungen das Konzept für das Museum des Kalten Krieges vorgestellt werden und dazu eine Anhörung stattfinden.

Staatssekretär André Schmitz (SKzl-Kult) stellt fest, dass noch zwei Projekte aus dem Gedenkstättenkonzept von 2006 umzusetzen seien: Zum einen solle der Umbau des Dokumentationszentrums Berliner Mauer mit der Neueinrichtung der dortigen Dauerausstellung bis November 2014 fertiggestellt sein, und hierbei liege man im Zeitplan. Zum anderen stehe noch die Errichtung eines Gedenkortes am Checkpoint Charlie aus. Auf die Anziehungskraft dieses Ortes habe der Vorredner hingewiesen. Allerdings sei man in Bezug auf das Grundstück Friedrichstraße 47 davon abhängig, dass der irische Investor, dem dieses Grundstück gehören, mit dem Land Berlin entsprechende vertragliche Vereinbarungen eingehe. Man befindet sich mit diesem Investor in guten Gesprächen, aber es sei noch nicht verpflichtend gesichert, dass er dort selbst baue und wann er gegebenenfalls dort baue. Wenn konkrete Ergebnisse vorlägen, werde man umgehend berichten.

Die Black Box am Checkpoint Charlie sei erstaunlich erfolgreich. Trotz der besuchsärmeren Jahreszeit seien bereits 20 000 Besucher zu verzeichnen. Die Planung, dass die Black Box sich wirtschaftlich durch die Einnahmen selbst trage, sei erfreulicherweise eingetreten. Wenn man die Besucher der umliegenden Galerie hinzunehme, für die kein Eintritt zu bezahlen sei, komme man auf bis zu 10 000 Besucher pro Tag bzw. ca. 3 Millionen Besucher pro Jahr. Insofern habe man hier den richtigen Standort, um ein Museum zu errichten, das den Kalten Krieg im internationalen Kontext thematisiere.

Philipp Magalski (PIRATEN) fragt, ob die East Side Gallery künftig ebenfalls Bestandteil des Gedenkstättenkonzepts sei und damit die Beachtung finde, die sie verdiente.

Sabine Bangert (GRÜNE) erklärt, auch nach dem Besuch des Kulturausschusses in der Black Box vom 11.2.13 habe sie erhebliche Zweifel, ob und wie man dort ein Museum des Kalten Krieges mit einem privaten Investor realisieren könne. In der dortigen Ausstellung werde die europäische bzw. weltweite Dimension des Kalten Krieges dargestellt, und insofern sei ihr noch weniger erklärlich, warum das Land Berlin ein solches Museum allein finanziere. Zudem seien Alternativstandorte nicht ausreichend geprüft worden. Warum könne man ein Museum des Kalten Krieges nicht in ein Alliiertenmuseum am Standort Tempelhof einbeziehen?

Sie stimme dem Abgeordneten Schlede zu, dass ein Konzept für den Checkpoint Charlie erforderlich sei. Dass dort unbedingt ein Museum des Kalten Krieges errichtet werden müsse, sei allerdings noch nicht überzeugend dargestellt worden.

Thomas Birk (GRÜNE) hebt hervor, dass das Museum des Kalten Krieges nach den jetzigen Planungen in Kellerräumen untergebracht wäre, was unangemessen sei. Die jetzige Ausstellung in der Black Box orientiere sich offensichtlich lediglich an den – wirklich oder vermeintlich – großen Köpfen der Geschichte, während die Menschen in der Friedensbewegung oder der Bürgerbewegung, die auch den Kalten Krieg beeinflusst hätten, dort wenig Raum erhielten.

Im Konzept sei auf Seite 47 unter dem Punkt „East Side Gallery“ zu lesen: „Mit der vorgesehenen Gestaltung des Uferstreifens als Park sollen einige Mauerteile versetzt werden, um Wegebeziehungen und Sichtachsen zur Spree zu eröffnen.“ – Schon aufgrund dessen habe man seinerzeit das Konzept kritisiert. – [Wolfgang Brauer (LINKE): Sie haben kein gutes Haar daran gelassen. Seien Sie doch nicht so vergesslich! Bekennen Sie sich doch zu Ihren Schandtaten!] – Angesichts der heutigen Diskussion könne man die Kritik in diesem Punkt wohl nicht als Schandtat bezeichnen. – Im Mauerkonzept sei merkwürdigerweise auch ausdrücklich festgehalten, dass die Anschutz Entertainment Group dort auf dem Flurstück 60 eine große Werbeanlage errichten werde.

Positiv hervorzuheben sei allerdings folgende Passage aus dem Mauerkonzept: „Der Uferstreifen insgesamt wird vom Büro Häfner und Jimenez, den Gewinnern des ausgelobten landschaftsplanerischen Wettbewerbs, als Park unter Einbeziehung der Mauer (als Einheit aus Gehweg, Mauer, Peitschenlampen und Postenweg) hergerichtet. Weitere bauliche Anlagen sind nicht beabsichtigt. Der Park soll spätestens bis zur Fertigstellung der Mehrzweckhalle (voraussichtlich 2008) fertig sein.“ – Der Bezirk habe seine Ausgleichsmittel eingesetzt, um die dort geplanten Townhouses zu verhindern, aber vonseiten des Senats sei offenbar nichts

Gravierendes geschehen, um das genannte Ziel zu verwirklichen. Insofern sei es beschämend, dass in der heutigen Anhörung ausgerechnet dem Bezirk die Schuld an der anstehenden Bebauung zugewiesen worden sei. Warum habe der Senat die Bitten des Bezirks, diese Bebauung zu verhindern, nicht aktiv unterstützt?

Staatssekretär André Schmitz (SKzl-Kult) erklärt, die East Side Gallery sei seit 2006 integraler Bestandteil des dezentralen Erinnerungskonzepts – also von Beginn an und nicht künftig neu. Nach dem, was heute unter Tagesordnungspunkt 2 besprochen worden sei, werde die East Side Gallery möglicherweise sogar noch unter die Obhut der Gedenkstätte Bernauer Straße gestellt.

Der Standort Checkpoint Charlie für ein Museum des Kalten Krieges sei aus seiner Sicht richtig gewählt. In Washington habe man in einem Museum zum Kalten Krieg diese Örtlichkeit nachgebaut, um an diesen Nachbauten zu erklären, wie Europa und die Welt zu Zeiten des Kalten Krieges funktioniert hätten. In Berlin befindet sich der Originalschauplatz, und den sollte man auch entsprechend nutzen. Auch die Nachfrage seitens der Touristen sei ein Beleg für diesen Ansatz. – Der Bund habe mittlerweile von der Idee Abstand genommen, man könne das Museum des Kalten Krieges mit dem Alliiertenmuseum zusammenfassen und es am Standort Tempelhof unterbringen.

Gegenwärtig werde aber sehr ernsthaft geprüft, das Alliiertenmuseum am Standort Tempelhof einzurichten. Vor der Bundestagswahl werde hierzu aber wohl keine Entscheidung fallen. Es seien einmalig erhebliche finanzielle Investitionen seitens des Bundes und später auch die Deckung der Betriebskosten erforderlich. Das Land Berlin sei in dieser Frage sehr aufgeschlossen und würde z. B. in Bezug auf die Miete entsprechend entgegenkommen, um den Umzug des Alliiertenmuseums zu ermöglichen, der mittlerweile wohl von allen gewollt sei.

Man habe ein betriebswirtschaftliches Konzept der Kulturverwaltung auch von „Profis“ überprüfen lassen, und diese seien ebenfalls zu dem Ergebnis gekommen, dass sich ein Museum des Kalten Krieges nach einer Einmalinvestition des Landes Berlin in der Folge durch die Einnahmen selbst tragen würde. Die Black Box habe insofern bereits im Kleinen ergeben, was man im Großen mit dem Museum anstrebe. Das Museum des Kalten Krieges werde nicht nur im Untergeschoss, sondern auch im Erdgeschoss untergebracht sein. Die inhaltliche Ausrichtung der Black Box könne man jedoch nicht bereits eins zu eins auf ein großes Museum mit einer Fläche von 3 000 m² übertragen. Die Ausstellung müsse allen wissenschaftlichen Ansprüchen genügen, und sicherlich werde auch der vom Abgeordneten Birk angesprochene Aspekt angemessen dargestellt.

Vorsitzender Frank Jahnke stellt fest, dass der Tagesordnungspunkt erledigt sei.

Punkt 4 der Tagesordnung

Sammelvorlage RBm – Skzl – – V S 1 Ne – vom **0088**
27.11.12
rote Nr. Haupt 0691
Kult
Wirtschaftspläne 2012/2013
Haupt
Kapitel 0310/
Titel 683 29: Zeitgenössischer Tanz Berlin e.V.
(Tanzbüro Berlin)
Titel 683 42:
– Bühnen am Kurfürstendamm
– Schlosspark Theater
Titel 683 60: Jüdisches Theater
Titel 685 22: Stiftung Preußischer Kulturbesitz
Titel 685 75:
– Akademie für alte Musik GbR
– Berliner Singakademie e.V.
– Philharmonischer Chor Berlin e.V.
Titel 685 87: Stiftung Preußische Schlösser und
Gärten Berlin-Brandenburg
betr. Auflage Nr. 8 zum Haushalt 2012/2013
(Drucksache 17/0400)

Vorsitzender Frank Jahnke erklärt, zu der Sammelvorlage – rote Nr. Haupt 0691 – bitte der Hauptausschuss um eine Stellungnahme. Möglicherweise könne man sich dabei mit einer Kenntnisnahme begnügen.

Sabine Bangert (GRÜNE) merkt an, mit einer Kenntnisnahme sei es wohl nicht getan. So sei zu Titel 683 42 anzumerken, dass sowohl die Bühnen am Kurfürstendamm wie das Schlossparktheater für 2012/13 gravierende Fehlbeträge ausgewiesen hätten – 2 Mio Euro bzw. 700 000 Euro. Das Schlossparktheater habe noch keinen ausgeglichenen Wirtschaftsplan vorgelegt. Sie bitte den Senat um eine Aussage, wie es bei den Bühnen am Kurfürstendamm und dem Schlossparktheater weitergehen solle, und um Vorlage eines entsprechenden Konzepts.

Staatssekretär André Schmitz (SKzl-Kult) stellt fest, dass die Vorrednerin auch aus seiner Sicht die beiden schwierigsten Positionen in dieser Vorlage angesprochen habe. Die schwierige Situation der Bühnen am Kurfürstendamm sei auch bereits in der Aktuellen Viertelstunde angesprochen worden. Man habe einmalig helfen können – mit Restmitteln –, was auch Thema im Hauptausschuss gewesen sei. Ein Wirtschaftsprüfer habe zu den Bühnen am Kurfürstendamm verschiedene Maßnahmen in einem Sanierungskonzept zusammengefasst. Ein wesentlicher – wenn auch bedauerlicher – Bestandteil sei dabei die Reduzierung auf ein Haus. Weitere Bestandteile: Neuorganisation der betrieblichen Strukturen; Personalabbau; Einstellung eines Geschäftsführers, der nur für die wirtschaftlichen Belange zuständig sei; Steigerung der Auslastung und Pausengastronomie in Eigenregie. – Bei dem letzten Punkt habe man allerdings schon festgestellt, dass dies nicht allzu viel bringe. Dieses Sanierungskonzept sei noch nicht ganz, aber in großen Teilen umgesetzt worden.

Das buchhalterische Defizit in 2012 reduziere sich auf immerhin nur noch 219 000 Euro, aber die Bühnen am Kurfürstendamm hätten immer noch große Probleme, was nicht nur, aber auch mit dem Standort am Kudamm-Karree und der immer wieder anvisierten und dann doch ausbleibenden baubedingten Schließzeit zusammenhänge. – Hinsichtlich des Defizits beim Schlossparktheater befindet sich Herr Hallervorden in guten Gesprächen mit einem „Dritt-mittel-Bezuschusser“ – so wolle er es mal nennen –, und man hoffe darauf, dass diese Lösung dann für 2013 und vielleicht auch 2014 trage.

Vorsitzender Frank Jahnke fragt, ob diese Auskünfte ausreichten und man die Kenntnisnahme der Sammelvorlage empfehlen könne.

Wolfgang Brauer (LINKE) verneint dies. Er werde einer Kenntnisnahme nicht zustimmen. Auch auf Basis der jetzigen Summen reichten die Mittel mit großer Wahrscheinlichkeit in den nachfolgenden Haushaltsjahren nicht aus. Herr Hallervorden habe zunächst erklärt, er werde dieses Theater ohne jeglichen öffentlichen Zuschuss betreiben, und nun baue sich Jahr für Jahr ein neuer Zuschussbedarf auf, um das Theater einigermaßen kostendeckend betreiben zu können. Das erinnere an das stille Agreement mit dem früheren Intendanten Heribert Sasse, dem neben einem jährlichen Zuschuss von 3,5 Mio. DM eine Bezuschussung aus Lottomitteln in Aussicht gestellt worden sei, um das abzudecken, was zum Betrieb des Hauses insgesamt erforderlich gewesen sei, was aber irgendwann nicht mehr möglich gewesen sei.

Er sei dafür, dass das Land Berlin das Schlossparktheater weiter unterstützen, aber dies müsse auf der Basis verlässlicher Zahlenprognosen geschehen. Wenn dann Kosten von z. B. 5 Mio. Euro errechnet worden seien, müsse man sich in den Haushaltsberatungen darüber Gedanken machen, wie man diese Mittel bereitstellen könne.

Der **Ausschuss** beschließt, dem Hauptausschuss die Kenntnisnahme der Sammelvorlage rote Nr. Haupt 0691 zu empfehlen.

Punkt 5 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.

.